

Niederschrift

über die 32. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

am **Donnerstag, 30. April 2015, 17:00 Uhr**

im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

28. Mai 2015

1 von 6

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU

Dr. Manuel Eichler, 2. stellvertretender Vorsitzender, SPD

Doğan Aydın, Mitglied, SPD

Helene Freund, Mitglied, SPD

(Vertretung für Gabriele Jakat)

Enrico Schäfer, Mitglied, SPD

Norbert Sprafke, Mitglied, SPD

Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne

Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne

Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne

Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne

Bodo Schild, Mitglied, CDU

(Vertretung für Wolfram Kieselbach)

Birgit Trinczek, Mitglied, CDU

Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke

Bernd W. Häfner, Mitglied, FREIE WÄHLER

(Vertretung für Dr. Bernd Hoppe)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten

Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates

Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Frank Oberbrunner, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP

Gabriele Jakat, Mitglied, SPD

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Dr. Ute Giebhardt, Frauenbeauftragte Stadt Kassel

Ute Pähns, Sozialamt

Lothar Pflüger, Ordnungsamt

Wolfgang Schwerdtfeger, Dezernat -III-

Tagesordnung:

1. **Maßnahmen Minicars** 101.17.1337
2. **Erhöhung des Frauenanteils in Gremien, Vorständen und Aufsichtsräten mit städtischer Beteiligung** 101.17.1618
3. **Gesundheitskarte für Flüchtlinge** 101.17.1624
4. **Erkenntnisse über Aktivitäten von Salafisten in Kassel** 101.17.1631
5. **Beschäftigungsbedingungen von Frauen bei der Stadt Kassel** 101.17.1658
6. **Gesundheitskarte für Flüchtlinge: Informationen aus Bremen** 101.17.1659

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 23. April 2015 ordnungsgemäß einberufene 32. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Selbert, Kasseler Linke, beantragt die Tagesordnungspunkte 3 und 6 betr. Gesundheitskarte für Flüchtlinge gemeinsam zur Beratung aufzurufen, wobei zunächst Tagesordnungspunkt 6 behandelt werden soll.

Stadtverordneter Mijatovic, B90/Grüne, beantragt, die Tagesordnungspunkte 3 und 6 betr. Gesundheitskarte für Flüchtlinge von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Stadtverordneter Selbert, Kasseler Linke, spricht sich dagegen aus.

Vorsitzender Kortmann stellt den weitergehenden Geschäftsordnungsantrag, die Tagesordnungspunkte 3 und 6 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU,

Ablehnung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der Fraktion B90/Grüne auf Absetzung der Tagesordnungspunkte 3 und 6 betr. Gesundheitskarte für Flüchtlinge wird **zugestimmt**.

Mit der Beschlussfassung erübrigt sich die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Stadtverordnetem Selbert, Kasseler Linke.

Vorsitzender Kortmann stellt die geänderte Tagesordnung fest.

1. Maßnahmen Minicars

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Oktober 2014
Bericht des Magistrats
101.17.1337

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, in den nächsten Monaten verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, um die Rückkehrpflicht von Minicars und das sie betreffende Verbot, im Kasseler Straßenraum auf Fahrgäste zu warten (sogenannte Einsteiger), durchzusetzen. Dazu sollte ggf. die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Kommunen intensiviert werden. Dem Rechtsausschuss ist in sechs Monaten über die Ergebnisse zu berichten.

Bürgermeister Kaiser berichtet über die Ergebnisse.

Der Bericht von Bürgermeister Kaiser wird zur Kenntnis genommen.

2. Erhöhung des Frauenanteils in Gremien, Vorständen und Aufsichtsräten mit städtischer Beteiligung

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. März 2015
Bericht des Magistrats
101.17.1618

Beschluss

Wir bitten den Magistrat in einer der nächsten Sitzungen des Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung zu berichten

- wie hoch in Kassel der Frauenanteil in Verwaltungs- und Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften ist.
- wie sich dieser Anteil in den letzten fünf Jahren verändert hat.
- ob es besonders positive Beispiele mit hohem Frauenanteil bzw. ausgewogenem Geschlechterverhältnis gibt.

Es wird festgelegt, dass die Listen mit den entsprechenden Zahlen den Ausschussmitgliedern zur nächsten Einladung mitverschickt werden und der Tagesordnungspunkt erneut in der nächsten Sitzung behandelt wird.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

- 3. Gesundheitskarte für Flüchtlinge**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1624 -

Abgesetzt

- 4. Erkenntnisse über Aktivitäten von Salafisten in Kassel**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1631 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat über Aktivitäten zur Anwerbung von IS-Kämpfern in Kassel?
2. Welche Konsequenzen zieht der Magistrat aus der Tatsache, dass ein Achtzehnjähriger mit Migrationshintergrund in Kassel geborener junger Mann offenkundig als IS-Kämpfer tätig war?
3. Welche präventiven Maßnahmen will der Magistrat ergreifen, um solche Aktivitäten – so weit wie möglich – zu verhindern?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage und sagt die schriftliche Antwort als Anlage zur Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

5. Beschäftigungsbedingungen von Frauen bei der Stadt Kassel

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1658 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Beschäftigte hat die Stadt Kassel aktuell?
2. Wie viele davon sind:
 - weiblich/männlich
 - Angestellte/Beamte
 - befristet/unbefristet beschäftigt
 - Teilzeitbeschäftigte mit der Hälfte des Stundenumfangs einer Vollzeitstelle oder weniger
 - Teilzeitbeschäftigte mit mehr als der Hälfte des Stundenumfangs einer Vollzeitstelle
 - Vollzeitbeschäftigte?
3. Wie hoch ist jeweils der Frauenanteil in den oben genannten Beschäftigungsformen?
4. Wie hoch ist der Frauenanteil in den unterschiedlichen Entgeltgruppen bzw. Besoldungsgruppen?
5. Wie hoch ist der Frauenanteil in den unterschiedlichen Stufen?
6. Wie hoch ist der Frauenanteil in den unterschiedlichen Bereichen der Stadtverwaltung?
7. Wie hat sich der Frauenanteil in den verschiedenen Beschäftigungsformen, in den unterschiedlichen Bereichen und in den jeweiligen Entgelt- bzw. Besoldungsgruppen und Stufen in den vergangenen 20 Jahren entwickelt?
8. In welchen Bereichen werden die meisten Teilzeitstellen ausgeschrieben?
9. In welchen Bereichen werden die meisten befristeten Beschäftigungsverhältnisse ausgeschrieben?
10. Bietet die Stadt Kassel Teilzeitbeschäftigten an ihren Stundenumfang anzuheben bevor neue (Teilzeit-)Stellen ausgeschrieben werden?
11. Wie hoch ist das jährliche Arbeitsvolumen in der Kasseler Stadtverwaltung in Stunden und wie vielen Vollzeitstellen entspricht dies?
12. Wie vielen 30-Stunden-Stellen entspräche dieses Arbeitsvolumen?
13. Wie viele Stellen sind in den Jahren 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014 und 2015 von der Stadt Kassel jeweils
 - a) in Teilzeit mit der Hälfte des Stundenumfangs einer Vollzeitstelle oder weniger
 - b) in Teilzeit mit mehr als der Hälfte des Stundenumfangs einer Vollzeitstelle
 - c) in Vollzeit ausgeschrieben worden?

14. Wie viele Führungspositionen gibt es in der Kasseler Stadtverwaltung?
15. In wie vielen dieser Führungspositionen arbeiten die Beschäftigten in Teilzeit und mit welchem Stundenumfang?

Einvernehmlich wird festgelegt, dass die Anfrage der Fraktion Kasseler Linke erneut behandelt wird, wenn der Frauenförderplan vorgestellt wird.

Erneute Behandlung in einer der nächsten Sitzungen.

6. Gesundheitskarte für Flüchtlinge: Informationen aus Bremen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1659 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 17:32 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

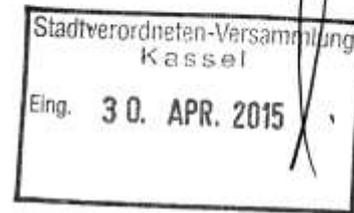
Andrea Herschelmann
Schriftführerin

-III-

über

-I-

OK
10/14 H.



Anfrage der CDU-Fraktion
Erkenntnisse über Aktivitäten von Salafisten in Kassel

Vorlage Nr. 101.171631

Frage Nr. 1

Welche Erkenntnisse hat der Magistrat über Aktivitäten zur Anwerbung von IS-Kämpfern in Kassel?

Der Magistrat hat keine unmittelbaren Kenntnisse. Soweit Informationen vorliegen, stammen diese von den zuständigen staatlichen Behörden wie Polizei und Verfassungsschutz.

Frage Nr. 2

Welche Konsequenzen zieht der Magistrat aus der Tatsache, dass ein Achtzehnjähriger mit Migrationshintergrund in Kassel geborener junger Mann offenkundig als IS-Kämpfer tätig war?

Das erwähnte Beispiel verdeutlicht, dass eine Radikalisierung häufig nicht in den etablierten Kasseler Moscheegemeinden - mit denen die Stadt einen guten Kontakt pflegt - erfolgt. Dennoch ist es der Stadt ein Anliegen, die Gemeinden für die Thematik zu sensibilisieren und zu stärken.

Die Gründe, weshalb sich Menschen radikalieren, sind oftmals erlebte Ausgrenzungserfahrungen oder familiäre Probleme. Der Stadt Kassel ist es ein Anliegen, dass die bestehenden Beratungsdienste verstärkt migrationsspezifische Aspekte in ihre Beratungspraxis mit einbeziehen; daher wurde auch der Fachtag (s. Frage 3) angeboten.

Frage Nr. 3

Welche präventiven Maßnahmen will der Magistrat ergreifen, um solche Aktivitäten - so weit wie möglich - zu verhindern?

Da Salafismus als die am schnellsten wachsende islamistische Strömung in Deutschland wahrgenommen wird und besonders Jugendliche anspricht, hat die Stadt Kassel am 19. Februar 2015 einen Fachtag zur Auseinandersetzung mit radikalem Islamismus veranstaltet. Der Fachtag richtete sich an Beschäftigte aus Jugendhilfe, Schulen und Kasseler Beratungsstellen und hat über Hintergründe und Radikalisierungsmechanismen informiert sowie die fachlichen Ansprechpartner des Innenministeriums vorgestellt.

Als weiteren Schritt wird sich der Magistrat dafür einsetzen, dass der in Frankfurt ansässige Verein Violence Prevention Network (finanziert durch das Hessische Innenministerium), der Betroffene bei der Deradikalisierung begleitet und Schulen, Jugendeinrichtungen, Moscheegemeinden und Beratungsstellen informiert, seine Beratungsangebote in Kassel ausbaut.

i.v. Stefanie Herzog
Stefanie Herzog